

[

**„Wirtschaftliche Anpassung und Modernisierung: Polen in der Weltwirtschaftskrise und danach“,**

**in: Klaus Ziemer et al (Eds.), Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch, Hirsemann (im Erscheinen).**

Die wirtschaftliche Entwicklung Polens blieb auf den ersten Blick hinter den hochgesteckten Erwartungen bei der Staatsgründung von 1918 zurück. Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung verharrte bis Kriegsbeginn auf über 60%, und dies bei einer im europäischen Vergleich sehr niedrigen Produktivität in diesem Sektor. Die Urbanisierung nahm nur langsam zu, um bis 1939 etwa 30% zu erreichen, und auch Indikatoren wie der Verbrauch elektrischer Energie (1938: 12 kWh pro Kopf gegenüber 95 kWh im europäischen Durchschnitt) zeigten, dass es zwar eine Entwicklung gab, dass jedoch der Rückstand gegenüber den westlichen Nachbarn nicht aufgeholt werden konnte.<sup>1</sup> Nach heutigen Schätzungen lag das Bruttoinlandsprodukt Polens pro Einwohner nach Kaufkraftparitäten um 1924 bei etwa 38% des Niveaus in Westeuropa, um 1937 lag der Wert nur unwesentlich höher bei 40%.<sup>2</sup>

Allerdings können diese Statistiken leicht irreführen. Die Zeit der Zweiten Republik war keineswegs nur eine Zeit wirtschaftlicher Stagnation. Vielmehr waren die 1920er und 30er Jahre in Polen geprägt von wirtschaftlicher Modernisierung und Neuorientierung, wenn auch unter widrigen Umständen und mit großen Rückschlägen. Zunächst standen die verschiedenen Regierungen Polens und Polens wirtschaftliche Elite seit 1918 vor enormen Herausforderungen. Die Ausgangsbedingungen waren denkbar ungünstig. Der junge Staat musste drei sehr unterschiedliche rechtliche und administrative Systeme zu einer Einheit zusammenführen, nicht zuletzt um seine Steuereinnahmen zu stabilisieren. Die bestehende Infrastruktur war auf die Zentren der ehemaligen Teilungsmächte, also nach Wien, Berlin und Moskau hin orientiert, während die regionalen Zentren des Staates (Warschau, Lodz, Krakau, Posen und Danzig) nur schlecht untereinander verbunden waren. Zudem mussten die fünf Währungen, die 1918 im Umlauf waren, vereinheitlicht werden. Und bis März 1921 befand sich Polen im Krieg mit der Sowjetunion, was viele Kräfte band und die frühe Entwicklung bestimmte.

Im Folgenden sollen kurz drei grundlegende Schwierigkeiten diskutiert werden, mit denen die polnische Wirtschaftspolitik nach 1918 umgehen musste und die alle Bemühungen um eine

[

wirtschaftliche Entwicklung des Landes beeinträchtigten. Anschließend wird auf einige frühe Erfolge der Wirtschaftspolitik eingegangen, bevor ausgeführt wird, wie sich die Weltwirtschaftskrise seit 1929 auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den 1930er Jahren bis zum deutschen Überfall auf Polen 1939 auswirkte.

Polen war 1918 ein stark landwirtschaftlich geprägtes Land, das seit den Teilungen des 18. Jahrhunderts in politischer und zunehmend auch wirtschaftlicher Abhängigkeit von seinen Nachbarn stand. Der Umstand, dass die verschiedenen Landesteile Polens während des gesamten langen 19. Jahrhunderts, also der Zeit der europäischen Industrialisierung, nur begrenzte politische Autonomie genossen, hatte wirtschaftliche Folgen. Durch die Integration mit sehr verschieden entwickelten Staaten hatten die polnischen Teilungsgebiete unterschiedliche „komparative Vorteile“ entwickelt. Während das Königreich Polen in wirtschaftlichem Austausch mit dem rückständigen Russland sich bis 1914 zum Nettoexporteur industrieller Fertigwaren entwickelt hatte, führte das preußische Teilungsgebiet umgekehrt erfolgreich landwirtschaftliche Güter und Rohstoffe netto in das Deutsche Reich aus und bezog von dort Fertigwaren. Dabei hatten beide vor 1914 eine positive Handelsbilanz aufzuweisen.<sup>3</sup> Galizien dagegen hatte weder eine erfolgreiche Landwirtschaft noch eine erfolgreiche Industrie entwickeln können und wies ein Handelsdefizit auf – Galizien „exportierte“ Menschen. Infolge von Oktoberrevolution, Bürgerkrieg und Krieg brach der polnische Außenhandel mit Russland nahezu vollständig zusammen und erholte sich bis 1939 nicht mehr. Detaillierte Untersuchungen zur Textilindustrie, dem weitaus größten Industriezweig im Königreich, zeigen, dass es der Industrie bis 1939 kaum gelang, im In- und Ausland neue Absatzmärkte zu erschließen.<sup>4</sup> Ähnlich litten auch die Landwirtschaft und die landwirtschaftsnahen Industrien der ehemals preußischen Gebiete unter dem erschwerten Zugang zum deutschen Markt nach 1918, während sich Galizien relativ besser entwickeln konnte. Der neugegründete polnische Staat war daher recht heterogen und insgesamt überwiegend von der Landwirtschaft geprägt.

Die landwirtschaftliche Prägung der Wirtschaft stellte die erste grundlegende Schwierigkeit für jede polnische Wirtschaftspolitik dar. Denn zum einen behinderten die eher kurzfristigen Interessen der großen Masse von Kleinbauern Bemühungen um eine gezielte wirtschaftliche Entwicklung. In der Wirtschaftspolitik nahm etwa die Debatte um eine allgemeine Bodenreform in den ersten zehn Jahren nach der Staatsgründung breiten Raum ein, die vor allem das Ziel verfolgte, Großgrundbesitz zu Gunsten von Kleinbauern und landlosem Proletariat umzuverteilen.<sup>5</sup> Unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft behinderte dies die

[

dringend notwendige Modernisierung der Landwirtschaft und trug dazu bei, dass sich die sektorale Struktur Polens bis 1939 kaum veränderte. Zum anderen begrenzten die geringen Einkommen der überwiegend ländlichen Bevölkerung die Nachfrage nach industriellen Produkten im Inland – daraus resultierte ein besonders schwacher Binnenmarkt. Die zweite grundlegende Schwierigkeit jeder Wirtschaftspolitik in Polen folgte aus der Schwäche des Binnenmarktes und bestand in einer ausgeprägten Abhängigkeit vom Ausland. Nach dem Wegbrechen des russischen Marktes dominierten Deutschland und Österreich den polnischen Außenhandel, insbesondere den Export. Bis 1929 wurden zwischen 30 und 40% aller polnischen Exporte nach Deutschland ausgeführt und weitere 10% nach Österreich.<sup>6</sup> Zudem herrschte in Polen Kapitalknappheit, denn die geringen Einkommen brachten es mit sich, dass es nur wenige Sparer gab und erlaubten keine schnelle Akkumulation von Kapital. In der Folge waren polnische Unternehmen und öffentliche Auftraggeber mit (im internationalen Vergleich) hohen Zinsen konfrontiert und in großem Umfang auf Investoren aus dem Ausland angewiesen.<sup>7</sup> Ähnlich wie im Außenhandel spielten Deutschland und Österreich auch bei den ausländischen Investitionen in Polen eine führende Rolle, etwa im Bankwesen und im Bergbau.<sup>8</sup> Diese Abhängigkeit von ausländischem Kapital begrenzte den Handlungsspielraum von Unternehmen und denjenigen aller Regierungen der Zweiten Republik. Die politische Dimension ging weit über den wirtschaftlichen Bereich hinaus. Nach dem Sieg über die Sowjetunion wurde vor allem das Deutsche Reich als Bedrohung des polnischen Staates angesehen, zumal keine deutsche Regierung nach 1919 die polnische Westgrenze anerkennen wollte.<sup>9</sup> Das Interesse Polens, die Abhängigkeit gerade von Deutschland zu überwinden, stieß (zunächst) auf französische Bemühungen, Polen politisch und militärisch in sein System zur Eindämmung Deutschlands einzubinden.<sup>10</sup> 1921 unterzeichneten Frankreich und Polen eine geheime Militärkonvention, in der sich Frankreich verpflichtete, Polen umfangreiche Kredite zur Modernisierung der Armee zur Verfügung zu stellen. Die Regierungen Polens waren seit 1919 bemüht, gegenüber Deutschland strategischen Spielraum zu gewinnen. Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wurden diese Bemühungen noch intensiviert. Eine dritte Schwierigkeit lag schließlich in den technologischen Entwicklungen seit der Jahrhundertwende begründet. In den Vereinigten Staaten und den europäischen Industriestaaten wurde die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend von der Verfügbarkeit elektrischer Energie und der Motorisierung sowie weiterhin von einem leistungsfähigen Eisenbahnnetz abhängig.<sup>11</sup> Durch Kraftwerke und Überlandleitungen, Straßenbau und neue Kraftfahrzeuge wurden nach 1918 auch entlegene Regionen modernisiert und neue Märkte erschlossen. Die Voraussetzung dafür waren aber sehr umfangreiche Investitionen in diese

[

neuen Netzwerktechnologien, die geplant und finanziert werden mussten. Die polnischen Regierungen sahen die Möglichkeiten der neuen Technologien. Sie hatten aber angesichts des schwachen Binnenmarktes große Schwierigkeiten, das notwendige Kapital für diese Investitionen zu mobilisieren.

Vor dem Hintergrund solcher grundlegenden Schwierigkeiten war die wirtschaftliche Entwicklung Polens bis 1929 ein beachtlicher Erfolg. Zunächst gelang die wirtschaftliche Integration der verschiedenen Gebiete Polens überraschend schnell. Die Steuerverwaltung wurde in weiten Teilen bis April 1919 vereinheitlicht, eine landesweite Einkommenssteuer wurde bis Mitte 1920 eingeführt, die Gewerbesteuern wurden bis 1925 weitgehend auf einen gemeinsamen Stand gebracht.<sup>12</sup> Die verschiedenen im Umlauf befindlichen Währungen konnten bis 1920 durch die von der Regierung kontrollierte Polnische Mark abgelöst werden.<sup>13</sup> Ein bis 1921 bestehender Binnenzoll zwischen dem ehemaligen preußischen Teilungsgebiet und den anderen Landesteilen wurde bis Mitte 1921 abgeschafft.<sup>14</sup> Die Infrastruktur wurde schrittweise verbessert und auf die Bedürfnisse des neuen Staates ausgerichtet, etwa durch die Eröffnung der Bahnlinie Warschau – Posen (über Września) 1921 oder Posen – Krakau (über Wieluń) 1926. Nach einer Phase großer Instabilität der Währung mit Hyperinflation und vollständigem Wertverlust gelang unter der Regierung Grabski zu Beginn des Jahres 1924 eine Währungsreform, bei der die Polnische Mark durch den Zloty („Gulden“) mit einer festen Goldparität abgelöst wurde. Im Gegensatz zu Österreich, Ungarn oder Deutschland, die ebenfalls 1924 Währungsreformen durchführten, versuchte die polnische Regierung dabei weitgehend auf internationale Kredite und den Völkerbund zu verzichten.<sup>15</sup> Eine Kombination von Budgetdefiziten und der Zuspitzung des Konfliktes mit Deutschland im Lauf des Jahres 1925 führte jedoch zu erneuter Inflation und massiver Abwertung. Nach dem Staatsstreich im Mai 1926 war die neue Regierung entschlossen, die Währung dauerhaft zu stabilisieren, was im Oktober 1927 mit Hilfe einer internationalen Anleihe gelang. Die Währung wurde zu einer niedrigeren Parität als zuvor an den Goldwert gebunden und die polnische Zentralbank bekam den Auftrag, diese Parität zu verteidigen und das Land auf dem sogenannten Goldstandard zu halten. Die im Umlauf befindliche Geldmenge musste zu mindestens 40% durch Gold oder äquivalente Devisenreserven gedeckt sein. Die Zentralbank war zudem verpflichtet, bei Unterschreitung der Deckung die Leitzinsen anzuheben.<sup>16</sup> Zugleich wurden alle Regulierungen im internationalen Zahlungsverkehr aufgehoben, so dass insbesondere Gold und Devisen grenzüberschreitend frei handelbar wurden.<sup>17</sup> Es folgte eine Phase der wirtschaftlichen Erholung, die der Entwicklung der Weltwirtschaft folgte, aber in Polen besonders stark

[

ausfiel. Insbesondere nahmen die industrielle Beschäftigung und Produktion sichtbar zu. Neuere Schätzungen legen nahe, dass das Bruttoinlandsprodukt Polens pro Einwohner nach Kaufkraftparitäten nach 1924 deutlich anstieg und bis 1929 auf knapp unter 50% des Niveaus Westeuropas heranrückte.<sup>18</sup> Die polnische Wirtschaftspolitik war bemüht, den Rückstand weiter zu verringern und internationale Investitionen ins Land zu holen. Gleichzeitig sollte dies so geschehen, dass dadurch der außenpolitische Handlungsspielraum nicht eingeschränkt wurde, was der Quadratur des Kreises glich. Die (gelungene) Anbindung des oberschlesischen Kohlereviers an die Ostsee und die (gescheiterten) Bemühungen um eine landesweite Elektrifizierung können das veranschaulichen.

Polen hatte bereits 1921 damit begonnen, in Gdingen (Gdynia) einen Hafen zu bauen, um einen von der Freien Stadt Danzig unabhängigen Zugang zur Ostsee zu erreichen. Als die Regelungen des Versailler Vertrags über den zollfreien Warenverkehr zwischen Polen und Deutschland ausliefen, begann ein Handelskonflikt, bei dem beide Seiten hohe Importzölle und Einfuhrverbote verhängten. Das traf vor allem den oberschlesischen Bergbau, der stark vom Export nach Deutschland abhing. In der Folge verstärkte die polnische Regierung ihre Bemühungen, eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen den oberschlesischen Bergbau- und Industriegebieten und der Ostsee herzustellen – die Kohlemagistrale. Zugleich sollte der Hafen Gdingen rasch zu einem leistungsfähigen Hochseehafen ausgebaut werden. Beide Projekte wurden von Eugeniusz Kwiatkowski als Minister für Industrie und Handel vorangetrieben. Als sich zeigte, dass die polnische Regierung das Projekt nicht aus eigener Kraft finanzieren konnte, wurde nach schwierigen Verhandlungen die *Compagnie Franco-Polonaise de Chemins de Fer* mit Sitz in Paris geschaffen. Mit Hilfe französischer Kredite gelang es bis 1933 die Kohlemagistrale fertigzustellen.<sup>19</sup> Damit wurde zum einen der Export von Kohle und Holz, den beiden wichtigsten Exportgütern Polens, erleichtert, zum anderen konnte auf diese Weise französisches Kapital im sogenannten „polnischen Korridor“ gebunden werden, was Polen Unterstützung im Grenzkonflikt mit Deutschland brachte.<sup>20</sup> Allen Schwierigkeiten zum Trotz entwickelten sich die Bahnlinie und der neue Hafen seit 1933 positiv und trugen deutlich dazu bei, die außenwirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland zu reduzieren. Seit 1935 waren sowohl die Exporte als auch die Importe Polens über Gdingen umfangreicher als diejenigen über Danzig.<sup>21</sup> Im Jahr 1935 war Schweden mit über 30 Mio. Zł der wichtigste Absatzmarkt für polnische Kohle vor Deutschland mit etwa 20 Mio. Zł. Noch deutlicher war der Erfolg bei der Ausfuhr von Holz und Möbeln. Exporte im Wert von über 60 Mio. Zł wurden nach Großbritannien geliefert gegenüber Exporten von etwa 28 Mio. Zł nach Deutschland und Österreich.<sup>22</sup>

[

Weniger erfolgreich verliefen dagegen Versuche, mit Hilfe ausländischen Kapitals die Elektrifizierung des Landes voranzutreiben. Im Jahr 1924 lag die Stromerzeugung pro Kopf in Polen bei etwa 58 kWh gegenüber 276 kWh in Deutschland, oder bei 21% des Niveaus im Nachbarland. Zwar stieg die Produktion pro Kopf bis 1938 auf 128 kWh, sie fiel aber dennoch zunehmend hinter der dynamischen Entwicklung in Westeuropa zurück. Die polnische Regierung erkannte das Potential einer Elektrifizierung – auch für die Landwirtschaft – relativ früh und verabschiedete im März 1922 einen gesetzlichen Rahmen. In Ungarn wurde erst 1931 ein vergleichbares Gesetz verabschiedet. International aktive Investoren bekundeten ebenfalls schon bald Interesse, Kapital bereitzustellen, um von der Entwicklung zu profitieren. Allerdings hatten sich deutsche Unternehmen in der Elektroindustrie, insbesondere im Bau von Kraftwerken, eine dominante Position erarbeitet und in den 1920er Jahren damit begonnen, den Weltmarkt mit den großen US-amerikanischen und britischen Unternehmen (vor allem General Electric und Westinghouse) aufzuteilen. Die polnische Regierung war daher bemüht sicherzustellen, dass ein ausländisches Engagement weder direkt noch indirekt zu einer neuen Abhängigkeit von Deutschland im Energiesektor führen würde. Im Januar 1929 stellte W.A. Harriman, ein US-amerikanischer Investor, der schon seit 1925 im polnischen Bergbau und im Bankwesen engagiert war, der Regierung Polens ein Großprojekt im Umfang von 100 Millionen US-Dollar zur flächendeckenden Elektrifizierung des Landes vor.<sup>23</sup> Während das Projekt zunächst vom polnischen Kabinett und vor allem von zahlreichen Ingenieuren als grandioser Entwurf begrüßt wurde, wuchsen bald Zweifel. Einerseits wurden die Konditionen in Frage gestellt, die Harriman über Jahrzehnte eine Monopolstellung auf dem polnischen Markt geboten hätten. Andererseits kam der Verdacht auf, dass über Harriman indirekt der Einfluss Deutschlands zunehmen könnte, nachdem Harriman im Mai 1929 gemeinsam mit dem deutschen Flick-Konzern die *Consolidated Silesian Steel Corporation* gegründet hatte, die etwa 50% der polnischen Stahlproduktion und 20% der polnischen Kohleproduktion kontrollierte.<sup>24</sup> Als auch der polnische Geheimdienst von dem Projekt abriet, lehnte die polnische Regierung das Angebot schließlich ab.<sup>25</sup>

Insgesamt gestaltete es sich weiterhin schwierig, ausländische Kapitalgeber von Investitionen in Polen zu überzeugen, denn auch wenn man das Entwicklungspotential sah, wurde ein Engagement in Polen als riskant eingeschätzt. Das spezifische Investitionsrisiko in europäischen Ländern lässt sich am Unterschied zwischen den Renditen landesspezifischer Anleihen und britischer Staatsanleihen messen, die jeweils in London gehandelt wurden. Seit dem Staatsstreich im Mai 1926 durch Marschall Piłsudski wurden zumindest auf dem

[

britischen Markt polnische Anleihen mit einem deutlich geringeren Risikoaufschlag versehen als vor dem Mai 1926 – die autoritäre politische Stabilisierung wurde von Anlegern angesichts der internationalen Risiken offenbar positiv beurteilt. Der Risikoaufschlag auf polnische Anleihen blieb aber durchweg etwa 25% höher als derjenige auf ungarische oder tschechoslowakische Anleihen.<sup>26</sup> Dennoch nahm seit 1926 die Bedeutung ausländischen Kapitals in Form von Investitionen und Krediten zu. Der Anteil ausländischer Investoren am Eigenkapital polnischer Aktiengesellschaften stieg von 21% im Jahr 1927 auf etwa 33% im Jahr 1929.<sup>27</sup> Zugleich wurde es, gerade nach der Stabilisierungsanleihe vom Oktober 1927, einfacher für Unternehmen und Kommunen kurzfristige Kredite aus dem Ausland zu bekommen.

Im Herbst 1929 endete die Erholung der Weltwirtschaft schlagartig mit einem Kurssturz an der Wall Street. Die Krise hatte sich allerdings bereits zuvor in vielen Teilen der Welt in der Landwirtschaft angebahnt. Gute Getreideernten in zahlreichen Ländern, verstärkt durch die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der Sowjetunion trugen dazu bei, dass auf dem polnischen Markt für beinahe alle landwirtschaftlichen Produkte die Preise schon seit 1928 fielen. Das belastete die Binnennachfrage, die ohnehin schwach war. Zugleich gingen seit Herbst 1929 die polnischen Exporte zurück und zwar umso stärker, je mehr die Krise Polens Handelspartner erfasste. Nach einem ersten Einbruch stabilisierten sich die Exporte im Sommer des Jahres 1931, um im Herbst 1931 erneut abzustürzen. In der Folge kam es zu einem regelrechten Kollaps der polnischen Bergbau- und Industrieproduktion, der sogar noch stärker ausfiel als in den USA oder Deutschland. Die Krise war überall im Land zu spüren, auf dem Land wie in den Städten und sie betraf alle Teile der Wirtschaft. Auf dem Land litt die große Zahl von Kleinbauern vor allem unter dem Preisverfall ihrer Produkte. Auch wenn in einigen Teilen des Landes die Bauern nur einen geringen Teil ihrer Produkte überhaupt vermarkteten, mussten sie doch Steuern zahlen und oft Kredite zurückzahlen, die sie beispielsweise für den Zukauf von Land aufgenommen hatten. Da alle diese Zahlungen nominal festgelegt waren, führte der Preisverfall dazu, dass die Bauern immer größere Mengen verkaufen mussten, um zum Beispiel Grundsteuern und Kreditraten leisten zu können. Dies wiederum beschleunigte den Preisverfall landwirtschaftlicher Erzeugnisse weiter.<sup>28</sup> Obwohl die Preise für handwerkliche und industrielle Produkte ebenfalls deutlich sanken, war dieser Rückgang schwächer, so dass sie für viele polnische Bauern nicht mehr erschwinglich waren. Ein Pflug entsprach 1927/28 noch dem Wert von 100 kg Roggen. Bis 1935/36 musste ein Landwirt 270 kg Roggen verkaufen, um einen Pflug zu bezahlen.<sup>29</sup> Unter der kollabierenden Kaufkraft und zunehmenden Verarmung der Landbevölkerung litten alle

[

anderen Teile der polnischen Wirtschaft. Nach Schätzungen ging der Produktionswert der polnischen Textilindustrie von etwa 2250 Mio ZŁ (1929) bis 1932 auf weniger als die Hälfte, nämlich etwa 960 Mio ZŁ zurück, die Beschäftigung sank von 179.000 (1929) auf 110.000 (1932), bevor sie stagnierte und sich erst ab 1935 spürbar wieder erholte.<sup>30</sup> Auch die Nachfrage nach Kohle im In- und Ausland ging stark zurück. Der Kohleverbrauch im Land sank beispielsweise von 726 kg pro Kopf im Jahr 1929 auf 378 kg pro Kopf im Jahr 1932, also auf etwa die Hälfte.<sup>31</sup> Insgesamt fiel der Index der Industrieproduktion (1928=100) seit Oktober 1929 kontinuierlich bis auf einen historischen Tiefpunkt von unter 46 Punkten im März 1933. Entsprechend deutlich nahm die Arbeitslosigkeit zu und erreichte 1933 einen Stand von über 40% der Erwerbsfähigen also ein vergleichbares Ausmaß wie in den USA und Deutschland. Obwohl es Ähnlichkeiten zu vielen anderen Ländern in Europa gab, war die Krise in Polen besonders schwer und die Erholung ungewöhnlich spät und schwach. Bis Dezember 1936 hatte der Index der Industrieproduktion bezogen auf 1928=100, erst das Niveau vom Dezember 1930 von 75 Punkten wieder erreicht, während die Industrie beispielsweise in Großbritannien schon Ende 1933 und in Deutschland im Herbst 1935 auf dem Vorkrisenniveau von 100 Punkten produzierte.<sup>32</sup> Warum fiel es der polnischen Regierung so schwer gegenzusteuern? Und was hätte überhaupt getan werden müssen, um den Krisenverlauf wenn nicht zu stoppen, so doch wenigstens abzumildern?

Betrachtet man die Krise aus einer international vergleichenden Perspektive, wird deutlich, dass ein zentrales Problem in der Deflation der Konsum- und Investitionsgüterpreise bestand.<sup>33</sup> Dabei ist zu bemerken, dass die weltweite Deflation seit 1929 ein historisch nicht dagewesenes Ausmaß hatte und dies kaum fünf Jahre nach der traumatischen Erfahrung von galoppierender Inflation und Hyperinflation in vielen Ländern. Da viele Abgaben und Tarife, Kreditraten ebenso wie Löhne und Gehälter weniger flexibel waren als die Preise von Konsum- und Investitionsgütern, stellte die Entwicklung Regierungen, Banken und Unternehmen in der ganzen Welt vor bisher nicht bekannte Aufgaben. Während die Preise und Umsätze sanken, stiegen zugleich die Löhne und Kreditraten real (also preisbereinigt) an. Dazu kam es schon allein deshalb, weil die Unternehmen die Löhne den rasant fallenden Preisen unmöglich schnell genug anpassen konnten. Die Kosten für Arbeitskraft und Kapital stiegen nahezu kontinuierlich, so dass Unternehmen versuchten, Arbeiter zu entlassen und Investitionen aufzuschieben. Erschwerend kam für Polen hinzu, dass das Land seit der Staatsgründung auf Kapitalimporte angewiesen war. Es waren also regelmäßig umfangreiche Kreditraten von Unternehmen, Kommunen und der Regierung an ausländische Geldgeber zu leisten, die nominal festgelegt waren, also preisbereinigt stiegen. Im Rückblick ist deutlich,



[

dass überall dort, wo Regierungen und ihre (immer weisungsgebundenen) Zentralbanken am Goldstandard und seinen Regeln zu lange festhielten, die Krise verschärft und verlängert wurde.<sup>34</sup> Die Krise in den USA wirkte sich in Europa wie ein Deflationsschock aus und der Goldstandard war der Mechanismus, der die Deflation übertrug. Länder wie Polen, die ein systematisches Leistungsbilanzdefizit aufwiesen, waren auf Kapitalimporte angewiesen. Die Krise verstärkte einen Abfluss von Kapital, der in ganz Europa seit 1928 zu spüren war, weil viele große US-amerikanische Banken und Investoren zunächst in den Boom an der Wall-Street investiert hatten und nun in großen Schwierigkeiten waren. Der Abzug von Kapital konnte nicht durch einen Überschuss aus dem Außenhandel oder anderen grenzüberschreitenden Transaktionen ausgeglichen werden. Daher verlor die Zentralbank Bank Polski Gold- und Devisenreserven. Um diese Entwicklung zu bremsen, hätte die Zentralbank entweder Kapitalverkehrskontrollen einführen oder die Parität ändern können, um die Währung gegenüber den Währungen der Handelspartner abzuwerten und so der eigenen Exportindustrie einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Sie hätte dann auch mit einer expansiven Geldpolitik über günstigere Kreditkonditionen die heimische Industrie fördern können. Neben solchen geldpolitischen Maßnahmen hätte die Regierung auch fiskalpolitisch reagieren können, etwa durch eine Senkung von Steuern und Abgaben und die Vergabe öffentlicher Aufträge. Allerdings war der Spielraum für fiskalpolitische Interventionen bei einem strikten Festhalten am Goldstandard eng begrenzt. Denn solange die Zentralbank den gesetzlichen Auftrag hatte, die Parität zu verteidigen und bei offenem Kapitalverkehr die Mindestdeckung von 40% des Geldumlaufs sicherzustellen, konnte die Regierung fiskalpolitische Maßnahmen und Budgetdefizite nicht über die Zentralbank finanzieren. Im Gegenteil, die Zentralbank hielt die Zinsen hoch, um den Goldstandard zu verteidigen, wodurch private und staatliche Investitionen bremste. Die Regierung blieb bei ihrer Fiskalpolitik auf Steuereinnahmen und Anleihen im In- und Ausland angewiesen, also auf die Konjunktur und ihre eigene Glaubwürdigkeit.

Bei Ausbruch der Krise im Herbst 1929 befand sich Polen im Übergang von einer parlamentarischen Demokratie zu einem zunehmend autoritären Regime unter Führung der Gruppe um Marschall Piłsudski. Ende 1930 verließ Kwiatkowski – der „Vater des Hafens von Gdingen“ – die Regierung im Streit mit Piłsudski um die manipulierten Wahlen vom November 1930, als im Vorfeld zahlreiche Vertreter der Opposition verhaftet worden waren. Die verschiedenen Kabinette verfolgten in der Wirtschaftspolitik eine orthodox-liberale Linie, die der Stabilität der Währung Priorität einräumte und den vorhandenen (begrenzten) fiskalpolitischen Spielraum nur sehr zögerlich nutzte. Zunächst wurde im November 1929

[

versucht, dem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte im Inland durch eine Art Exportprämie entgegenzuwirken, jedoch ohne sichtbaren Erfolg. Ende 1932 bemühte sich die Regierung darum, Landwirte bei der Umschuldung ihrer Kredite zu besseren Konditionen zu unterstützen, um so die Überproduktion zu begrenzen. Außerdem begann die Regierung in begrenztem Umfang zu höheren Preisen Getreide aufzukaufen. Die Preise sanken dennoch weiter.<sup>35</sup> Weil man nicht im Preisverfall an sich, sondern in der „Preisschere“ zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Produkten das Hauptproblem sah, wurde seit 1931 versucht, die Preise für Industriegüter zu senken. Nach ersten erfolglosen Appellen begann die Regierung gezielt bestimmte Kartelle zu Preissenkungen zu zwingen. 1933 wurden auf Antrag des Ministeriums für Industrie und Handel einige Verträge des Zementkartells *Centrocement* von einem Gericht für ungültig erklärt, was als Warnung an andere Kartelle zu verstehen war, den Aufforderungen nach Preissenkungen Folge zu leisten.<sup>36</sup> Diese Art von Druck wurde nach 1933 noch verstärkt, war aber von zweifelhaftem Erfolg und Sinn, zumal in der Krise die Preise ohnehin sanken. Und dieser Preisdruck führte zu sinkenden Umsätzen, aber steigenden Reallöhnen und entsprechend zu Entlassungen in der Industrie.<sup>37</sup> Seit 1930 bemühte sich die Regierung daher auch um öffentliche Beschäftigungsprogramme, verstärkt allerdings erst ab 1933. Bis 1936 waren bei insgesamt etwa 650.000 Beschäftigten in Industrie und Bergbau über 100.000 in öffentlichen Programmen beschäftigt.<sup>38</sup> Zwar waren die Möglichkeiten der Regierung begrenzt, solange man am Goldstandard festhielt, aber der Druck im Land nahm zu. Die durch Streiks verlorenen Tage sanken nach 1929 zunächst, weil die Arbeiter angesichts der Entlassungen Sorge um ihren eigenen Arbeitsplatz hatten. Seit 1932 nahm die Anzahl der Streiks, der streikenden Arbeiter und der verlorenen Arbeitstage aber langsam wieder zu und erreichte 1936 einen Höhepunkt mit fast 4 Millionen verlorenen Arbeitstagen.<sup>39</sup> Erst im April 1936 verschaffte sich die polnische Regierung schließlich den nötigen Handlungsspielraum, indem sie den Goldstandard aufgab und den freien Kapitalverkehr beschränkte. Warum aber hatte die Regierung so lange an der geldpolitischen Orthodoxie festgehalten, während Deutschland schon im Juli 1931 Kapitalverkehrskontrollen einführt und insbesondere Großbritannien – das Mutterland des Goldstandards – im September 1931 das Pfund abwertete und ebenfalls Kapitalverkehrskontrollen einführt? Die Erklärung führt zurück auf ein Grundproblem polnischer Politik nach 1918, nämlich die Abhängigkeit Polens vom Ausland, insbesondere die politische und militärische Bedrohung der Souveränität und Grenzen des Staates durch Deutschland.

Bei Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929 verhandelte die polnische Regierung mit Frankreich über einen neuen umfangreichen Kredit zur Modernisierung der polnischen

[

Armee. Anders als die Tschechoslowakei, die nach dem Ende der Habsburgermonarchie über eine große eigene Rüstungsindustrie verfügte, war Polen auf den Import militärischer Güter angewiesen und setzte hier vor allem auf französisches Material und französische Expertise. Zwar scheiterten die Bemühungen um einen neuen Kredit, doch wurde im Februar 1931 die Auszahlung der letzten Rate des Kredits von 1921 von der französischen Regierung freigegeben. Die Lieferung militärischer Güter war für den Zeitraum zwischen Mai 1931 und Dezember 1933 vorgesehen.<sup>40</sup> Im Herbst und Winter 1931 startete Polen erneut Versuche, in Frankreich weitere Kredite zu bekommen. Denn der Krisenverlauf in Europa wurde von polnischer Seite als Chance begriffen. Österreich und Deutschland gerieten seit dem Frühjahr 1931 immer tiefer in die Krise. Große Banken wie die Kreditanstalt in Österreich oder die Danatbank in Deutschland wurden zahlungsunfähig. Es kam im Sommer 1931 zu massiver Kapitalflucht, so dass beide Länder Kapitalverkehrskontrollen einführen mussten, um einen weiteren Abfluss von Gold- und Währungsreserven zu stoppen. Währenddessen war die Krise in Frankreich noch kaum zu spüren. Im Gegenteil, die Industrieproduktion blieb bis Ende 1931 weitgehend stabil, die Goldreserven der Banque de France stiegen bis November 1932 kontinuierlich an.<sup>41</sup> In dieser Situation versuchte die polnische Regierung die französische Seite zu neuen Investitionen zu bewegen. Polens Sondergesandter in Paris Anatole Mühlstein schrieb im August 1931 an Außenminister August Zaleski: „Unter normalen Umständen war die Auseinandersetzung mit den deutschen Banken schwierig, aber jetzt, seitdem der deutsche Krach ihre Autorität unterminiert hat, wäre es geradezu eine politische Sünde, die Gelegenheit nicht zu nutzen und nicht den Versuch zu unternehmen, deutsches durch französisches Kapital zu ersetzen.“<sup>42</sup> Auch die Bemühungen um eine französische Unterstützung beim Bau der Kohlemagistrale und der Fertigstellung des Hafens von Gdingen fielen in diese Zeit. Zugleich wurde in Polen mit Sorge die Entwicklung in der Weimarer Republik beobachtet. Sowohl der politische Aufstieg der Nationalsozialisten im Verlauf der Krise als auch die schrittweise Revision des Versailler Vertrages, etwa durch die Vereinbarungen auf der Konferenz von Lausanne im Sommer 1932 oder die Unterzeichnung des sogenannten „Viererpakts“ durch Italien, Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Juli 1933 bestärkten diejenigen, die eine rasche Modernisierung der polnischen Armee forderten. Am 13. Februar 1933 veröffentlichte die Londoner Zeitung „Sunday Express“ ein Interview mit Hitler, in dem er forderte, dass der gesamte „polnische Korridor“ unverzüglich an Deutschland abgetreten werden müsse.<sup>43</sup> Diese außenpolitische Bedrohung wiederum wurde als Argument angeführt, warum Polen gerade jetzt eine stabile Währung mit hoher Kaufkraft im Ausland brauchte. Zwar wurde von einigen Seiten ein Umdenken in der Währungspolitik und eine Abwertung

[

des Zloty gefordert, etwa von den Krakauer Ökonomen Krzyżanowski und Zweig im Juni 1932, aber die Regierung hielt an ihrem Kurs fest.<sup>44</sup> Seit September 1931 war mit Władysław M. Zawadzki ein international bekannter polnischer Ökonom und Vertrauter Piłsudskis Finanzminister und damit auch zuständig für die Geldpolitik des Landes. In einer privaten Denkschrift, die nicht zur Publikation vorgesehen war, erläuterte Zawadzki Ende 1935, kurz nach seiner Entlassung, die Motive seiner harten Geld- und Währungspolitik. Darin nannte er die Finanzierung der Verteidigungsausgaben eine Hauptaufgabe der Geldpolitik und erläuterte, warum dies nur gelingen könne, solange Polen am Goldstandard festhalte. Erstens könne nur der Goldstandard Zugang zu ausländischem Kapital sicherstellen. Zweitens sei das Festhalten am Goldstandard notwendig, um erneute Währungsturbulenzen wie unter der Regierung Grabski zu vermeiden, die Polen politisch destabilisieren könnten. Drittens schließlich erklärte Zawadzki dort, dass eine Abwertung des Zloty automatisch das Verteidigungsbudget kürzen würde, weil die Währung damit eine geringere Kaufkraft im Ausland haben würde.<sup>45</sup> Damit wird deutlich, dass ein wichtiges Argument für Polens im internationalen Vergleich ungewöhnlich orthodoxe Geldpolitik während der Weltwirtschaftskrise der außenpolitischen Lage des Landes geschuldet war. Man hoffte offenbar, der Goldstandard würde es vor allem der Regierung und Investoren in Frankreich leichter machen, in Polen zu investieren und nicht zuletzt Waffen und Ausrüstung auf Kredit zu liefern. Bei der großen Weltwirtschaftskonferenz von Juni bis Juli 1933 demonstrierte die polnische Delegation ihre geldpolitische Orthodoxie und schloss sich mit Italien, Belgien, den Niederlanden und der Schweiz dem „Goldblock“ um Frankreich an.<sup>46</sup>

Allerdings sollte diese Demonstration von Entschlossenheit bereits das Ende der starren Geldpolitik einläuten. Denn zum einen wurde immer deutlicher, welchen Schaden die wirtschaftspolitische Passivität der Regierung im eigenen Land anrichtete. Zum anderen zweifelten Piłsudski und seine außenpolitischen Berater zunehmend, ob Frankreich im Fall eines Konflikts ein verlässlicher Verbündeter sein würde. Der Krisenverlauf ist bereits dargestellt worden. Im Inland weitete sich die Krise unter der Landbevölkerung aus, die Arbeitslosigkeit wuchs und die Anzahl der Streiks stieg 1933 spürbar an. Dass der geldpolitische Kurs die Möglichkeit für fiskalpolitische Maßnahmen stark einengte, wurde ebenfalls auf der Londoner Konferenz von 1933 deutlich, als nämlich die US-amerikanische Regierung unter dem neu gewählten Präsident Roosevelt die Bemühungen um eine Stabilisierung des Goldstandard mit angepassten Goldparitäten (beziehungsweise Wechselkursen) ablehnte. Dahinter standen die Pläne der US Regierung, die Krise durch eine systematische staatliche Interventionspolitik zu überwinden, die vor allem darauf abzielte, den

[

Preisverfall zu stoppen und als „New Deal“ bekannt wurde.<sup>47</sup> Damit gewannen in Polen allmählich wieder diejenigen Einfluss, die für eine aktive Fiskalpolitik nach Vorbild des erfolgreichen Ausbaus des Hafens Gdingen und der Kohlemagistrale eintraten, allen voran Eugeniusz Kwiatkowski. Der zweite Faktor, der zu einem geldpolitischen Umdenken führen sollte, war die außenpolitische Entfremdung zwischen Polen und Frankreich. Nach den Zugeständnissen Frankreichs an Deutschland auf der Konferenz von Lausanne und kurz darauf in Genf beendete Polen im August 1932 die französische Militärmission im Land. Im März 1933 kam es zu einem Konflikt zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig um die Rechte der polnischen Marine und der polnischen Garnison auf der Westerplatte. In Deutschland wurde ein polnischer Vorstoß zur Verstärkung der Garnison als Affront gesehen und Frankreich warnte Polen davor, den Konflikt eskalieren zu lassen.<sup>48</sup> Nach Adam Koc, dem stellvertretenden Finanzminister unter Zawadzki, war Polens Wirtschaftspolitik bis Anfang 1933 auf eine Kooperation mit Frankreich hin orientiert und suchte seitdem nach Alternativen.<sup>49</sup>

Im März 1933 ist der erste vorsichtige Schritt zu einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung zu sehen, als die Deckungsrate für die im Umlauf befindliche Geldmenge auf 30% gesenkt wird. Zudem war im Lauf des Jahres eine sehr vorsichtige Erweiterung der Geldmenge zu beobachten.<sup>50</sup> Allerdings waren diese Maßnahmen viel zu begrenzt um Wirkung zu zeigen. Ein weiterer Schritt bestand in der Unterzeichnung des Deutsch-Polnischen Nichtangriffspakts von Januar 1934, der zehn Jahre Gültigkeit haben sollte und wohl von beiden Seiten als Mittel gesehen wurde, um Zeit zu gewinnen. Nach dem Tod Marschall Piłsudskis setzten sich im Oktober 1935 die Vertreter einer massiven Aufrüstungs- und Interventionspolitik durch. Minister Zawadzki wurde entlassen und durch Eugeniusz Kwiatkowski abgelöst, der schon den Hafenausbau von Gdingen und den Bau der Kohlemagistrale erfolgreich vorangetrieben hatte. Im Dezember 1935 verabschiedete die neue Regierung einen Vierjahresplan, der ein älteres Projekt Kwiatkowskis aus den 1920er Jahren wiederbelebte. In einer Region zwischen Weichsel und San im zentralen Süden des Landes, dem sogenannten „Sicherheits-Dreieck“, sollte mit staatlicher Unterstützung ein großer industriell-militärischer Komplex entstehen, der Centralny Okręg Przemysłowy (Zentraler Industriebezirk – COP).<sup>51</sup> Das Projekt war der gewagte Versuch, alle drei grundlegenden Schwierigkeiten, die einer wirtschaftlichen Entwicklung Polens bisher entgegengestanden hatten, systematisch anzugehen: die Schwäche des Binnenmarktes, die gefährdete Souveränität durch Abhängigkeit von ausländischem Kapital und die Bedrohung der Grenzen sowie die Herausforderung durch neue Netzwerktechnologie. Das Konzept, das Kwiatkowski

[

mit einer Gruppe von Ingenieuren und Ökonomen und in Abstimmung mit dem Militär entwickelte, war von ähnlichen zeitgenössischen Ideen wie dem „New Deal“ und den Arbeiten von Keynes inspiriert, denen zwei Dinge gemeinsam waren: zum einen ging man zwar von marktwirtschaftlichen Vorstellungen aus, sah aber die Möglichkeit, dass Märkte auch versagen können; etwa dann, wenn die private Nachfrage zu schwach und daher das Risiko von Investitionen zu groß ist. Zum anderen sah man den Staat in der Pflicht, unter gewissen Umständen zu intervenieren, um Nachfrage zu schaffen, Risiko zu übernehmen und Entwicklungen anzustoßen. Das Konzept für den COP, das man ab 1937 umzusetzen begann, konzentrierte sich auf eine Fläche von 15,4 % des Staatsgebietes, vor allem in den Wojewodschaften Kielce, Krakau, Lublin und Lemberg, die überwiegend landwirtschaftlich geprägt und schwach urbanisiert waren. Entscheidend für den Standort war neben der Entfernung von der deutschen und russischen Grenze der Reichtum an natürlichen Energiequellen wie Wasserkraft, Gas und Erdöl.<sup>52</sup> In dieser Region wurden weitreichende steuerliche Anreize für Investitionen eingeführt und gezielt neue Unternehmen angesiedelt. Geplant war, durch den Bau von Elektrizitätswerken, Stromleitungen und Gasleitungen die Energieversorgung sicherzustellen und in unmittelbarer Nähe Schwerindustrie (Stahlwerke), chemische Industrie, Maschinen- und Fahrzeugindustrie sowie Rüstungsindustrie anzusiedeln. Hierbei sollten große Unternehmen durch mittelständische Firmen und Handwerksbetriebe ergänzt werden und durch den Zuzug von Arbeitskräften dazu beitragen, eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen. Bis 1939 gelang es etliche Kraftwerke fertigzustellen, einige größere Hüttenwerke, vor allem das Stahlwerk Stalowa Wola, zu bauen, mehrere größere Chemiewerke wie die Reifenfabrik in Dębica anzusiedeln und den Grundstein einer polnischen Rüstungs- und Luftfahrtindustrie zu schaffen. Unter den 57 polnischen Rüstungsbetrieben in Polen Ende der 1930er Jahre befanden sich 16 in der Region Warschau und 35 im COP.<sup>53</sup> Bis 1939 wurden etwa 400 Mio. ZŁ investiert, geplant waren noch weit größere Summen.

Möglich wurden diese umfangreichen Investitionen jedoch erst dadurch, dass Polen die Anbindung der Währung an den Goldstandard aufgab. Nach langem Zögern hatte sich diese Entscheidung im Frühjahr 1936 angebahnt und sie war wiederum von strategischen Überlegungen geleitet. Anfang März 1936 besetzte Deutschland die entmilitarisierte Zone im Rheinland und kündigte dadurch die Vereinbarungen von Locarno auf. Polen signalisierte seine Bereitschaft zur Unterstützung Frankreichs im Fall eines Konflikts, doch Frankreichs Generalstab wollte keinen Krieg mit Deutschland riskieren.<sup>54</sup> Zudem zeichnete sich in Frankreich bei den bevorstehenden Wahlen ein Sieg des *Front Populaire* unter Léon Blum ab,

[

der für ein Umdenken in der französischen Währungspolitik eintrat.<sup>55</sup> Im April 1936 wurde in Polen per Dekret die Einrichtung eines Nationalen Verteidigungsfonds im Umfang von einer Milliarde ZŁ beschlossen, um die Armee zu modernisieren, offenbar im Vorgriff auf die Entscheidung den Goldstandard aufzugeben. Zwei Wochen später, am 26. April 1936, wurden Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, um einen weiteren Abfluss von Gold und Devisenreserven zu stoppen und um Spielräume zur Gestaltung des Wechselkurses zu eröffnen. Die staatliche Bank Gospodarstwa Krajowego (BGK) kommentierte dies in ihrem monatlichen Bulletin vom September 1936 so: „Die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen war daher nicht direkt von ökonomischen Schwierigkeiten bestimmt. Die polnische Regierung sah sich zu diesem Schritt in erster Linie deshalb gezwungen, um neuerliche Währungsspekulationen und Tendenzen zur Hortung [von Devisen] zu bekämpfen, die vor allem durch Ereignisse der internationalen Politik ausgelöst worden sind. Die Verschlechterung der politischen Situation in Europa und ein drohender Krieg hatten einen schlechten Einfluss auf alle Staaten und in erster Linie auf die Mitglieder des „Goldblocks“ (...).“<sup>56</sup>

Mit dem Goldstandard gab die polnische Regierung die Hoffnung auf Unterstützung aus dem Ausland bei der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verteidigung der Souveränität des Landes auf. Der COP war ein gewagter Schritt, um die Schwäche des Binnenmarktes und die Abhängigkeit vom Ausland zu überwinden, zugleich eine Rüstungsindustrie zu entwickeln und das Land zu modernisieren. Die Aussichten auf Erfolg wurden schon von Zeitgenossen unterschiedlich bewertet und der rasche Kriegsbeginn mit dem deutschen Überfall im September 1939 bereitete allen Projekten ein vorläufiges Ende. Allerdings bot der COP nach 1945 Ansatzpunkte für den erfolgreichen Aufbau verschiedener Industriezweige außerhalb der etablierten Industrieregionen. Einige davon, wie die Luftfahrtindustrie im „Aviation Valley“ bei Rzeszów, entwickeln sich bis heute dynamisch weiter.

- <sup>1</sup> WOLF, N.: *Local Comparative Advantage: Agriculture and Economic Development in Poland 1870 – 1970*. In: LAINS, P./PINILLA, V. (Hg.): *Agriculture and Economic Development in Europe since 1870*. Routledge 2009, 255-285. Zur Elektrifizierung siehe ŻARNOWSKI, J.: *Polska 1918-1939 : praca, technika, społeczeństwo* [Polen 1918-1939: Arbeit, Technik, Gesellschaft]. Warszawa 1999, 80.
- <sup>2</sup> Eigene Schätzungen, vgl. dazu ROSES, J. und WOLF, N.: *Aggregate Growth, 1913-1950*. In: BROADBERRY, S. und O'ROURKE, K. (Hg.): *The Cambridge Economic History of Europe, Volume 2, 1870-2000*. Cambridge University Press, 2010, 181-207.
- <sup>3</sup> WOLF, N.: *Local* (wie Anm. 1), 258.
- <sup>4</sup> Die Abhängigkeit der polnischen Textilindustrie vom russischen Markt beschreibt schon Rosa Luxemburg, vgl. LUXEMBURG, R.: *Die industrielle Entwicklung Polens*, Leipzig 1898. Zur Entwicklung nach 1918 ausführlich MISSALOWA, G./FIJALEK, J./PELKA, B., PUS, W.: *Koncentracja przemysłu włókienniczego (1918-1939)* [Die Konzentration der Textilindustrie]. In: PIETRZAK-PAWŁOWSKA, I. (Hg.): *Uprzemysłowienie ziem polskich w XIX i XX wieku. Studia i materiały* [Die Industrialisierung der polnischen Lande im XIX. und XX. Jahrhundert. Studien und Materialien], Wrocław – Warszawa – Kraków 1970, 219-276.
- <sup>5</sup> Siehe dazu ROSZKOWSKI, W.: *Landowners in Poland 1918-1939*. New York 1991 (East European Monographs 299).
- <sup>6</sup> WOLF, N.: *Should I Stay or Should I go? Understanding Poland's Adherence to Gold*. In: *Historical Social Research* 32/4 (2007), 351-368, hier: Tabelle 2.
- <sup>7</sup> Der Leitzins in Polen lag preisbereinigt Januar 1926 bis Oktober 1929 im Schnitt um 38 Prozent höher (bzw. 3.2 Punkte) als in Großbritannien, in der Zeit von Oktober 1929 bis Dezember 1936 sogar 58 Prozent (bzw. 4 Punkte). Quelle: eigene Berechnungen auf Grundlage von STATISTISCHES REICHSAMT: *Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft*, Berlin 1936 und DASS.: *Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft*, Berlin 1937.
- <sup>8</sup> SMEREK, M.: *Kapitały zagraniczne w bankowości polskiej*. In: *Bank* 1 1933, 10-18 und DERS.: *Kapitały zagraniczne w bankowości polskiej* [Ausländisches Kapital im polnischen Bankwesen]. In: *Bank* 2 1933, 39-49.
- <sup>9</sup> SCHULZE, H.: *Weimar. Deutschland 1917-1933*. Berlin 1982.
- <sup>10</sup> WANDYCZ, P.: *The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936*. Princeton 1988.
- <sup>11</sup> SVENNILSON, I.: *Growth and Stagnation in the European Economy*. Genf – New York 1954.
- <sup>12</sup> WEINFELD, I.: *Skarbowość polska* [Das polnische Finanzwesen]. Warszawa 1938.
- <sup>13</sup> LANDAU, Z.: *The Economic Integration of Poland, 1918-23*. In: LATAWSKI, P. (Hg.): *The Reconstruction of Poland 1914-23*. London 1992, 144-157.
- <sup>14</sup> KOZŁOWSKI, K.: *Problemy gospodarcze Drugiej Rzeczypospolitej* [Wirtschaftliche Probleme der Zweiten Republik]. Warszawa 1989.
- <sup>15</sup> WANDSCHNEIDER, K.: *Central Bank Reaction Functions during the Interwar Gold Standard: A View from the Periphery*. In: ATACK, J./NEAL, L. (Hg.): *The Evolution of Financial Markets and Institutions from the Seventeenth Century to the Present*, Cambridge 2009.
- <sup>16</sup> LESZCZYŃSKA, C.: *Polska polityka pieniężna i walutowa w latach 1924-1936 w systemie Gold Exchange Standard* [Die Polnische Geld- und Devisenpolitik in den Jahren 1924-1936 im System Gold Exchange Standard]. Warschau 2013, vor allem 245f.
- <sup>17</sup> Ebd., 246.
- <sup>18</sup> Siehe Anmerkung 2.
- <sup>19</sup> WIDERNIK, M.: *Magistrala węglowa Śląsk – Gdynia i jej znaczenie w okresie międzywojennym* [Die Kohlemagistrale Schlesien – Gdingen und ihre Bedeutung in der Zwischenkriegszeit]. In: *Zapiski Historyczne* 49 (2), 1984.
- <sup>20</sup> WANDYCZ, *Twilight* (Anm. 10).
- <sup>21</sup> GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY: *Mały Rocznik Statystyczny* [Kleines Statistisches Jahrbuch] 1939, Warszawa 1939, 165, Tabelle 6.
- <sup>22</sup> Ebd., 178, Tabelle 18.
- <sup>23</sup> MADAJCZYK, Cz.: *Spory wokół elektryfikacji Polski (1926-30)* [Auseinandersetzungen um die Elektrifizierung Polens 1926-30]. In: *Najnowsze Dzieje Polski: Materiały i Studia z Okresu 1914-39* [Neueste Geschichte Polens. Materialien und Studien aus dem Zeitraum 1914-39], 5, 1962, 154ff.
- <sup>24</sup> POPKIEWICZ, J./RYSZKA, F.: *Przemysł ciężki Górnego Śląska w gospodarce międzywojennej (1922-1939)* [Die Schwerindustrie Oberschlesiens in der Wirtschaft der Zwischenkriegszeit (1922-1939)]. Opole 1959, 210ff.
- <sup>25</sup> LANDAU, Z.: *Poland and America: The Economic Connection, 1918-1939*. In: *Polish American Studies* 32, 1975, 38-50.
- <sup>26</sup> WANDSCHNEIDER, K.: *Central Bank Independence and Policy Performance: Central-East Europe, 1919—1939*, Chicago 2003.
- <sup>27</sup> LANDAU, Z./TOMASZEWSKI, J.: *Zarys Historii Gospodarczej Polski 1918-1939* [Abriss der Wirtschaftsgeschichte Polens 1918-1939], Warszawa 1999, 166.
- <sup>28</sup> Ebd., 190f.



- <sup>29</sup> GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY: *Mały Rocznik Statystyczny 1938* [Kleines Statistisches Jahrbuch 1938], Warszawa 1938, 236.
- <sup>30</sup> MISSALOWA ET AL., *Koncentracja* (Anm. 4), 404, Tabelle 74.
- <sup>31</sup> GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY: *Mały Rocznik Statystyczny 1936* [Kleines Statistisches Jahrbuch 1936], Warszawa 1936, 99.
- <sup>32</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage von STATISTISCHES REICHSAMT: *Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft*, Berlin 1936 und DASS.: *Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft*, Berlin 1937.
- <sup>33</sup> EICHENGREEN, B./SACHS, J.: *Exchange Rates and Economic Recovery in the 1930s*. In: *The Journal of Economic History* 4, 1985, 925-946. BERNANKE, B.: *Essays on the Great Depression*, Princeton 2000.
- <sup>34</sup> EICHENGREEN/SACHS, *Exchange Rates* (Anm. 33).
- <sup>35</sup> LANDAU/TOMASZEWSKI, *Zarys* (Anm. 27), 240f.
- <sup>36</sup> LANDAU, Z.: *Rozwoj Ustawodawstwa kartelowego w Polsce międzywojennej na tle polityki kartelowej rządu* [Die Entwicklung der Kartellgesetzgebung im Polen der Zwischenkriegszeit vor dem Hintergrund der Kartellpolitik der Regierung]. In: *Kwartalnik Historyczny* 79 (1), 1972.
- <sup>37</sup> GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY: *Mały Rocznik Statystyczny 1939* [Kleines Statistisches Jahrbuch 1939], Warszawa 1939, 274, Tabelle 33.
- <sup>38</sup> LANDAU/TOMASZEWSKI, *Zarys* (Anm. 27), 245.
- <sup>39</sup> GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY (Anm. 37), 284, Tabelle 47
- <sup>40</sup> CIAŁOWICZ, J.: *Polsko-Francuski Sojusz Wojskowy 1921-1939* [Das polnisch-französische Militärbündnis 1921-1939], Warszawa 1970.
- <sup>41</sup> WOLF, N.: *Europe's Great Depression - Coordination Failure after the First World War*. In: *Oxford Review of Economic Policy* 26 (3), 2010, 339-369.
- <sup>42</sup> Eigene Übersetzung eines Briefs von Mühlstein an Zaleski vom 8. August 1931, nach LANDAU, Z./TOMASZEWSKI, J.: *Kapitały obce w Polsce 1918-1939. Materiały i dokumenty* [Fremdes Kapital in Polen 1918-1939. Materialien und Dokumente], Warszawa 1964, 315.
- <sup>43</sup> WEINBERG, G.: *Hitler's Foreign Policy 1933-1939: The Road to World War II*, Enigma 2005, 49.
- <sup>44</sup> KNAKIEWICZ, Z.: *Deflacja Polska* [Polnische Deflation], Warszawa 1967, 96.
- <sup>45</sup> LANDAU, Z./TOMASZEWSKI, J.: *Memorial Wł. M. Zawadzkiego* [Das Memorandum von Wł. M. Zawadzki]. In: *Kwartalnik Historyczny* 72, 1965, 127-151.
- <sup>46</sup> WOLF, *Should I* (Anm. 6).
- <sup>47</sup> EICHENGREEN, B.: *Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939*, New York 1992.
- <sup>48</sup> WANDYDZ, *Twilight* (Anm. 10), 271.
- <sup>49</sup> WANDYDZ, *Twilight* (Anm. 10), 454.
- <sup>50</sup> KARPINSKI, Z.: *Bank Polski 1924-1939. Przyczynek do historii gospodarczej okresu międzywojennego* [Die Polnische Bank 1924-1939. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Zwischenkriegszeit], Warszawa 1958, 166.
- <sup>51</sup> STROBEL, G.: *Die Industrialisierung Polens am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zwischen Innen- und Wehrpolitik*. In: *Zeitschrift für Ostforschung* 24 (10), 1975, 221-271; JEZIERSKI, A./LESZCZYŃSKA, C.: *Historia gospodarcza Polski* [Wirtschaftsgeschichte Polens], Warszawa 2003, 307.
- <sup>52</sup> Dazu vor allem STROBEL, *Industrialisierung* (Anm. 51).
- <sup>53</sup> JEZIERSKI/LESZCZYŃSKA, *Historia gospodarcza* (Anm. 51), 308.
- <sup>54</sup> CIAŁOWICZ, *Polsko-Francuski Sojusz* (Anm. 40), 216f.
- <sup>55</sup> MOURE, K.: *The Gold Standard Illusion. France, the Bank of France, and the International Gold Standard, 1914-1939*. Oxford 2002, 209ff.
- <sup>56</sup> Eigene Übersetzung nach BGK 1936, Bulletin IX (4), 2.